

Hanselmann in Wackersdorf.  
Zum Verhältnis von Kirche und Politik beim bayerischen  
Landesbischof Johannes Hanselmann am Beispiel der  
Auseinandersetzung um die Wiederaufarbeitungsanlage  
in Wackersdorf

*Janning Hoenen*

1. Ein Hilferuf und die seelsorgliche Antwort des Bischofs

Am 17. Dezember 1985 wandte sich der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer per Telegramm an den damaligen Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Johannes Hanselmann<sup>1</sup> mit der Bitte, „all ihren einfluss geltend zu machen um die durchsetzung der im taxoeldener forst beabsichtigten rodungsarbeiten zurueckzustellen“<sup>2</sup>. Der Landrat, damals eine der gewichtigsten Stimmen der Gegner der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf, fürchtete zu Recht, dass die Verantwortlichen durch die Baumfällarbeiten Fakten schaffen wollten. Seine Hoffnung war, dass sich der Landesbischof mit einer klaren Positionierung auf die Seite der Gegner stellen würde und die Unterstützung durch die evangelische Kirche bei der übermächtig erscheinenden bayerischen Staats-

---

1 Johannes Hanselmann (1927–1999) studierte evangelische Theologie in Erlangen. Es schlossen sich Auslandsaufenthalte in den USA an, wo er in Hartford (Connecticut) über Heidegger promoviert wurde. Nach einer Zeit als Gemeindepfarrer in Grub am Forst (Dekanat Coburg) wurde Hanselmann Leiter des Hauses der Kirche in Westberlin. Nach einer kurzen Episode als Kreisdekan in Bayreuth wurde er 1975 zum Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern gewählt. Zu den wichtigen Ereignissen seiner Amtszeit gehören die Einführung der Frauenordination in Bayern und der 18. Deutsche Evangelische Kirchentag in Nürnberg. 1987 bis 1990 war Hanselmann Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB). Vgl. hierzu die biographische Studie *Hoenen*, Janning: Landesbischof Johannes Hanselmann. Ein Mann der unbequemen Mitte [im Druck]. Der vorliegende Aufsatz ist im Wesentlichen ein Auszug aus dem Kapitel „Politische Verantwortung und seelsorglicher Auftrag“.

2 Telegramm Hans Schuierers an Landesbischof Johannes Hanselmann [zukünftig: LB] vom 17.12.1985 (Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Nürnberg [künftig LAELKB], LB 0.2.0004 – 758).

regierung unter Ministerpräsident Franz Josef Strauß Eindruck machen könnte.

Der so Angesprochene indes bat um Verständnis, dass er keine „einseitige Position“ beziehen könne, da er als Landesbischof für alle Gemeindeglieder gleichermaßen zuständig sei. Er könne aber die besondere Entrüstung über den Beginn der Arbeiten kurz vor Weihnachten nachvollziehen:

„Angesichts der nationenweiten Diskussion um das Sterben der Bäume und im Blick auf die in diesen Tagen aufgestellten Weihnachtsbäume, greifen die Fernsehbilder über das Baumfällen ungezählten Menschen ans Herz. Meine ganz persönliche Meinung hierzu ist: Wenn denn diese Rodung schon sein muß, so wurde dabei das Empfinden der Bevölkerung psychologisch kaum angemessen eingeschätzt und berücksichtigt.“<sup>3</sup>

Die Ernüchterung auf Seiten der Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage ist nachvollziehbar: Statt entschiedener Parteinahme kam von Hanselmann eine seelsorglich formulierte, die politische Frage ignorierende Stellungnahme zur Wirkung der Berichterstattung auf das weihnachtlich gestimmte „Herz“ der Menschen.

## 2. Die Anfänge der kirchlichen Diskussion um Wackersdorf

Wackersdorf war bis in die 1980er Jahre eine weithin unbekannte Gemeinde in der Oberpfalz (Landkreis Schwandorf) gewesen. Die Entscheidung für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) im Februar 1985 änderte dies grundlegend<sup>4</sup>. Die erste Teilgenehmigung wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen am 27. September 1985 erteilt. Im Dezember 1985 begannen Rodungsarbeiten und weitere Vorarbeiten.

---

3 Brief von LB Hanselmann an Landrat Schuierer vom 21.12.1985 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

4 Vgl. *Siegler*, Bernd: Wackersdorf – Ein Landkreis im Ausnahmezustand. In: Ehmke, Wolfgang (Hg.): *Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf*. Köln 1987, 192–199.

Schon im Herbst 1985 kam es zu ersten Großdemonstrationen gegen die Anlage, an denen sich nicht nur ‚linke‘ Kernkraftgegner, sondern auch Teile der ‚normalen‘ Oberpfälzer Bevölkerung beteiligten<sup>5</sup>. Standen anfangs energiepolitische und ökologische Fragestellungen im Vordergrund, so entwickelten sich nach ersten gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und der Polizei heftige Debatten um das Demonstrationsrecht und die Angemessenheit von Polizeimaßnahmen. Da sich auch Kirchengemeinden (auf evangelischer wie katholischer Seite) an Protesten beteiligten und Gottesdienste am Bauzaun abgehalten wurden, stellte sich die Frage nach der Position der Kirchen vor Ort und in den Kirchenleitungen.

Bereits am 29. Juli 1985 hatte sich ein „Arbeitskreis Atomenergie und Gemeinde in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“ gebildet. Der Kreis aus haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden aus Kirchengemeinden der mittleren Oberpfalz unter Leitung des Schwandorfer Pfarrers Gerhard Roth stellte fest, dass die Technik der atomaren Wiederaufarbeitung ungeklärt und die Standortwahl bedenklich sei, und äußerte Betroffenheit über das übereilte staatliche Vorgehen zur Sicherung und Durchsetzung des Projektes. Ziel des Arbeitskreises sei es, auf die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme der Atomenergie hinzuweisen, aber auch diakonische und seelsorgliche Fragen zu bearbeiten und Anstöße für einen Dialog in den Gemeinden und zwischen Gegnern, Befürwortern und Betreibern zu geben. Appelliert wurde an die Kirchenleitung und besonders an den Landesbischof, dieses Vorhaben zu unterstützen<sup>6</sup>.

Die Antwort des Landeskirchenrates war zögerlich: In einem Schreiben bat der inhaltlich zuständige Oberkirchenrat Karl Heun darum, die Bezeichnung „in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern“ im

---

5 Vgl. *Held*, Martin: Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Befürworter und Kritiker im Gespräch (Tutzing Studien 2). Tutzing 1986, 13. Vgl. zum ganzen Komplex aus regionaler Perspektive *Mittelbayerische Zeitung* (Hg): Dokumentation Wackersdorf. Acht Jahre Streit um die WAA in der Oberpfalz. Nachdruck der Sonderausgabe vom 25. Juli 1989 der Mittelbayerischen Zeitung. Regensburg 1989. Einen guten Eindruck von der Atmosphäre vor Ort vermittelt auch *Haug*, Hans-Jürgen: Zu Fuß aus der Atomrepublik. Wackersdorf – Gorleben und zurück. München 1988.

6 Vgl. Brief des Arbeitskreises Atomenergie und Gemeinde an LB Hanselmann vom 3.8.1985 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

Titel des Arbeitskreises wegzulassen, sich auf die regionale Zusammenarbeit zu beschränken (d. h. sich nicht bundesweit zu vernetzen) und die „apodiktische Feststellung“, der Staat schaffe vollendete Tatsachen, aus den „Statuten“ des Arbeitskreises zu streichen. Ziel kirchlichen Auftrags müsse die Förderung von „Gesprächsbereitschaft, Weitervermittlung kirchlicher Erklärungen, Versöhnungsbereitschaft“ sein<sup>7</sup>.

In eine ähnliche, bewusst neutrale Richtung zielte eine gemeinsame Erklärung des katholischen Bischofs und des evangelischen Kreisdekans von Regensburg, in dem beide angesichts des Versuchs, „kirchliche Lehre und kirchliche Autorität für oder wider eine Meinung in Anspruch zu nehmen“, die doppelte Verpflichtung betonten, „mit den Energie- und Rohstoffreserven der Welt verantwortlich umzugehen“ und „Gefahren für Leben und Gesundheit der Menschen“ zu vermeiden. Es sei „Sache aller Glieder der Kirche, dieser Aufgabe mit Sachverstand und Verantwortungsbewusstsein nachzukommen“<sup>8</sup>.

Im Oktober äußerte sich Landesbischof Johannes Hanselmann im Münchner Presseclub<sup>9</sup> zur Rolle der Kirche in der Auseinandersetzung. Er verwies auf einen Brief an die Pfarrerinnen und Pfarrer sowie alle weiteren Mitarbeitenden und Kirchenvorstände der bayerischen Landeskirche von 1983, in dem er die Adressaten dazu aufgerufen hatte, „Gebet und Gottesdienste, die Geistlichen aber im Besonderen den Talar, der ausschließlich Amtskleidung für gottesdienstliche Zwecke ist, nicht zu Demonstrationszwecken zu mißbrauchen“ sowie jegliche Gewalt zu unterlassen. Diese würde die „Glaubwürdigkeit als Pfarrer und kirchlicher Mitarbeiter gefährden“ und hätte die „Botschaft der Bergpredigt gegen sich“<sup>10</sup>. Auch seien Gesetzesverstöße zu unterlassen und könnten auf keinen Fall mit

---

7 Brief des Landeskirchenrates Bayern (OKR Heun) an den Arbeitskreis Atomenergie und Gemeinde vom 19.8.1985 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

8 Gemeinsame Erklärung des Bischofs von Regensburg und des ev.-luth. Kreisdekans zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) bei Schwandorf [ohne Datum] (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

9 Vgl. Brief Ruprecht Graf zu Castell-Rüdenhausens an LB Hanselmann vom 3.11.1985 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

10 Brief von LB Hanselmann an alle Pfarrerinnen und Pfarrer [...] vom 22.9.1983 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

einem „Widerstandsrecht“ begründet werden. Dennoch sei an ökumenischen Abendgebeten in Wackersdorf kein Anstoß zu nehmen, da „um Besonnenheit sowie einen friedlichen und gewaltfreien Verlauf der Demonstration gebetet wurde“<sup>11</sup>.

Immer wieder erklärten Landesbischof und Landeskirchenrat, nicht die nötige Fachkenntnis zu besitzen, um sich eindeutig für oder gegen die Wiederaufarbeitungsanlage zu positionieren, und so neutral bleiben zu müssen. Hanselmann forderte für die anstehende Tagung der Landessynode im November 1985 bei seinem Jugendfreund Anton Jaumann<sup>12</sup> Sachinformationen an, um „für die sicherlich lebhafteste Diskussion einigermaßen gerüstet [zu] sein [...] Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir für diesen bevorstehenden ‚Kampf‘ einige ‚Munition‘ liefern könntest“<sup>13</sup>.

In der Synode selbst spielte das Thema eine geringe Rolle<sup>14</sup>. In der Pressekonferenz während der Landessynode wiederholte Hanselmann aber seine Aussage vom Oktober, dass es

„das gute Recht eines jeden kirchlichen Mitarbeiters [...] [ist], sich an genehmigten öffentlichen Demonstrationen zu beteiligen [...], dies [aber] keinesfalls in Amtskleidung geschehen kann [...] Eine Beteiligung kirchlicher Mitarbeiter an einer Sitzblockade im Bereich der WAA Wackersdorf oder wo auch immer ist nicht statthaft. Verstöße gegen das geltende Recht [...] können nicht in Einklang gebracht werden mit dem Friedensauftrag der Christen.“<sup>15</sup>

---

11 Brief von LB Hanselmann an Graf zu Castel-Rüdenhausen vom 14.11.1985 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

12 Anton Jaumann (1927–1994), 1958–1990 MdL, 1970–1988 Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

13 Brief von LB Hanselmann an Staatsminister Anton Jaumann vom 12.11.1985 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

14 Vgl. Verhandlungen der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Tagung 75 (November 1985), 19.

15 *Hanselmann, Johannes: Ja, mit Gottes Hilfe. Lebenserinnerungen. Ein Stück Kirchengeschichte. Vollständiger Text. München 1999, 285.* Diese Publikation ist die ausführliche Fassung von Hanselmanns Autobiographie, die in einer kleinen Auflage im Landeskirchenamt München gedruckt wurde. Eine gekürzte Fassung erschien beim Claudius Verlag München als *Hanselmann, Johannes: Ja, mit Gottes Hilfe. Lebenserinnerungen. München 2000.*

Der Druck auf Kirchenleitung und Landesbischof wuchs nach der Synode, auch weil jetzt die Rodungsarbeiten beginnen sollten. In diesem Zusammenhang erfolgte die oben zitierte Kommunikation zwischen Landrat Schuierer und Hanselmann. Je länger die Auseinandersetzungen in Wackersdorf voranschritten, desto größer wurde auf beiden Seiten vor Ort das Gefühl, von den Entscheidungsträgern in München allein gelassen zu werden.

Was war der Grund für diese so offensichtliche Zurückhaltung auf Seiten der Kirchenleitung, v. a. auf Seiten Bischof Hanselmanns? Hatte sich nicht mit den „langen 60er Jahren“ eine Veränderung des deutschen Protestantismus ergeben, die mit den Stichworten „Politisierung“, „Demokratisierung“ und „Pluralisierung“ beschrieben wird<sup>16</sup>?

Der Kirchenhistoriker Wolf-Dieter Hauschild stellt die Frage, ob zwar die „Akteure auf Gemeindeebene (Pfarrer, Kirchenvorsteher, Religionslehrer etc.)“ diesen Wandel vorantrieben, dagegen „die Führungsgestalten der evangelischen Kirche zwischen 1961 und 1979 (und noch lange Jahre darüber hinaus) insgesamt eher eine Kontinuität als einen Wandel der kirchlich-theologischen Mentalität demonstrierten“<sup>17</sup>. Damit meinte Hauschild ausdrücklich auch Hanselmann.

### 3. Hanselmanns Bemühen um Neutralität

Johannes Hanselmann hatte eindeutige Vorbehalte gegenüber einer einseitig pointierten, öffentlichen Meinungsäußerung der Kirche zu politischen Fragen. Ein Erlebnis aus dem Jahr 1956, als er Gemeindepfarrer in Grub am Forst (Dekanat Coburg) war, illustriert seine Sorge vor politischer Vereinnahmung, die ihn zeitlebens umtrieb.

---

16 Vgl. dazu den Tagungsband *Fitschen*, Klaus u. a. (Hg.): Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre (AKiZ B 52). Göttingen 2011.

17 *Hauschild*, Wolf-Dieter: Evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1961 und 1979. In: Hermle, Siegfried / Lepp, Claudia / Oelke, Harry (Hg.): Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren (AKiZ B 47). Göttingen 2007, 51–90, 62.

„Es ist am vergangenen Sonnabend, dem 10. März im Anschluss an eine SPD-Versammlung im Saale Maaser die Behauptung aufgestellt worden, ich wäre am Donnerstag, dem 23. Februar 1956 abends mit meiner Frau in meinem Wagen zu einer CSU-Versammlung nach Coburg gefahren. Tatsache ist dagegen, dass ich mit meiner Frau nach Birkach am Forst fuhr, wo ich einen Lichtbildervortrag über Amerika vom Kulturamt aus zu halten hatte, und meine Frau die Lichtbilder jeweils in den Apparat legte [...]

Es handelt sich also wieder einmal um ein typisches Gerücht, das gar nicht so tragisch wäre, wenn es nicht gerade jetzt im Wahlkampf unter die Gemeindeglieder ausgestreut worden wäre [...]. Was mir an dem Gerücht so übel gefällt, ist die Tatsache, daß einige Gerüchtemacher versuchen, ihren Pfarrer aus irgendwelchen nicht ganz durchsichtigen Motiven in die Niederungen von Hetze und parteipolitischen Wahlkampfmethoden herabzuziehen [...]

Ich bin zutiefst betrübt, dass meine Neutralität und Toleranz in parteipolitischen Dingen so übel gelohnt wird. Im übrigen habe ich seit 1947 keine Parteiversammlung mehr besucht, da ich schon damals gelernt habe, dass echte Politik nicht dort gemacht wird, wo man sich beschimpft und verleumdet, sondern im tatkräftigen persönlichen Einsatz für die Verständigung der Menschen untereinander und das Wohl der Gemeinschaft.“<sup>18</sup>

Parteipolitik stand in dieser Zeit bei Hanselmann für Hetze, Beschimpfung und Verleumdung, „echte Politik“ war für ihn engagiertes, auf Ausgleich gerichtetes Eintreten für das Gemeinwohl<sup>19</sup>.

---

18 Gemeindebrief 18 (März/April 1956), 5 In: Archiv der Gemeinde Grub am Forst, Evangelischer Gemeindebrief für Grub am Forst, Roth am Forst, Zeickhorn von Nov. 1953 bis Aug. 1964. Hanselmann kämpfte in dieser Zeit mit „Gerüchten“ aller Art, die seine Person betrafen und gegen die er im Gemeindebrief anzugehen versuchte.

19 Mit dieser Haltung vertrat Hanselmann eine schon in der Weimarer Republik verbreitete Position: 1932 hatte der Landeskirchenrat eine „Verordnung über die politische Betätigung der Geistlichen“ erlassen, die eine strikte parteipolitische Neutralität forderte und ggf. sogar Disziplinarstrafen androhte (vgl. *Baier*, Helmut: Die bayerische Landeskirche im Umbruch 1931–1934. In: Tutzingener Texte. Sonderband I: Kirche und Nationalsozialismus. Zur Geschichte des Kirchenkampfes. München 1969, 31–86, 38).

Diese Auffassung blieb auch später bestimmende Leitlinie, auch wenn die vereinfachte negative Wahrnehmung der Parteipolitik so nicht fortdauerte. Wichtig war aber die Erfahrung der ungewollten Vereinnahmung und die Erkenntnis, dass jede Option für eine Gruppierung oder politische Position eine Entscheidung gegen eine andere Gruppierung oder Position bedeutet. Diese Erfahrung machte Johannes Hanselmann erneut und tiefgreifend in seiner Zeit als Leiter des Hauses der Kirche in West-Berlin, als die (kirchen-)politischen Differenzen zwischen den progressiven und konservativen Gruppierungen fast zur Spaltung der dortigen evangelischen Kirche führten<sup>20</sup>.

Als bayerischer Landesbischof legte Hanselmann größten Wert darauf, mit allen politischen Parteien gleichermaßen Umgang zu haben<sup>21</sup>. Regelmäßige Sitzungen mit den im bayerischen Landtag vertretenen Parteien und immer wieder auch mit der bayerischen Staatsregierung gehörten zum üblichen Geschäft.

In der Predigt zur Eröffnung des Bayerischen Landtags 1978 bestimmte Hanselmann die Beauftragung der Abgeordneten „formal-demokratisch“ als durch die Wähler gegeben, „theologisch gesehen“ aber als „Auftrag Gottes“. Sie würden „in besonderer Weise zu Statthaltern und Mitarbeitern Gottes“ in ihrem

„Mühen um Frieden und Freiheit, um eine gesunde Wirtschaft, um soziale Gerechtigkeit, um geordnete Finanzen, um humanes Wohnen, um eine schülergerechte Schule, um die Erhaltung unserer Umwelt, um Ordnung im öffentlichen Leben, um gute Beziehungen zu den Nachbarländern und auch -völkern und vieles andere mehr.“<sup>22</sup>

Unter Gottes Begleitung werde dabei die „politische Atmosphäre entgiftet und das Klima im Landtag bestimmt von einer Respektie-

---

20 Vgl. das Kapitel „Der kirchliche Umgang mit den Studentenunruhen in Berlin als grundlegende Erfahrung eines kirchenspaltenden Konflikts“ bei *Hoenen*, Landesbischof (wie Anm. 1).

21 Vgl. *Hanselmann*, Ja (wie Anm. 15), 262.

22 Gottesdienst zur Eröffnung des Bayerischen Landtags in St. Markus (München) am Montag, 30. Oktober 1978 11.00 Uhr mit Landesbischof D. Dr. Johannes Hanselmann (LAELKB, NL Hanselmann, Johannes 101/212 unverz. [Predigten {1977–1978}]).



„Die Auseinandersetzung gerade auch im Umgang miteinander“. Die Auseinandersetzung werde geprägt von „einem sachlichen Stil“ und „menschensfreundlichen Beziehungen untereinander“<sup>23</sup>. Nur so könne Politik als Mitwirkung an Gottes Handeln in der Welt verstanden werden, nicht in einseitiger Polemik oder ideologischer Durchsetzung absoluter Prinzipien.

Hanselmann ging es um ein gemeinsames, auf Verständigung ausgerichtetes Handeln. Darum waren einseitige politische Stellungnahmen für ihn ausgeschlossen.

#### 4. Grundsätzliche Perspektiven

##### 4.1. „Gott sitzt im Regimente“

Johannes Hanselmann versuchte, sein Verständnis vom Verhältnis von Kirche und Politik zu verschiedenen Gelegenheiten grundlegend darzulegen.

Ausführlich äußerte er sich im Bischofsbericht unter der Überschrift „Gott sitzt im Regimente“ vom November 1981, in dem er sich mit der für das Luthertum zentralen sogenannten Zwei-Reiche-Lehre auseinandersetzte, die er lieber als „Lehre von den zwei Regierweisen Gottes“ bezeichnet haben wollte. Er halte, so Hanselmann, diese Lehre gegen manche Kritik für eine „wirklichkeitsnahe und nüchterne Betrachtungsweise der Welt und des menschlichen Lebens und einen brauchbaren Maßstab politischen Handelns“<sup>24</sup>. Durch die Unterscheidung und rechte Zuordnung der beiden Regierweisen könne klargestellt werden, dass mit dem Evangelium nicht die Welt regiert werden könne und die weltliche Ordnung den Freiraum für die Verkündigung des Evangeliums freihalte. Keinesfalls, so Hanselmann, könne dies aber eine „Eigengesetzlichkeit“ der Welt oder „blinden Obrigkeitsgehorsam“ bedeuten<sup>25</sup>.

Für die heutige Zeit meine diese Lehre, dass dem Christen der Rückzug in die „bloße Innerlichkeit“ verwehrt sei, dass andererseits

---

23 Ebd.

24 *Hanselmann*, Johannes: Gott sitzt im Regimente. Bericht von Landesbischof D. Dr. Johannes Hanselmann D. D. vor der Landessynode in Rummelsberg am 23. November 1981. München 1981, 6. Gleichzeitig betonte er, dass er dies nicht aus konfessionalistisch überzogener lutherischer Tradition tue.

25 *Ebd.*, 10.

politische Programme, die „paradiesische Zustände auf Erden“ versprechen, oder „dialogfeindliche Selbstgerechtigkeit in der Politik“ keine legitimen Ansätze sein könnten. Die „politische Theologie“ trage mitunter „sehr gesetzliche Züge“ und verliere an theologischer Identität. Dies sei ein grundsätzliches Problem:

„Für den Weg der Kirche ist es wichtig, die eigene Glaubwürdigkeit nicht zu verspielen – weder dadurch, daß sie Unrecht hin- nimmt (Drittes Reich!), noch durch politisches Handeln, das mehr von aufgeregten Appellen und utopischen Idealen bestimmt ist als von der Bereitschaft, die erforderlichen konkreten, mühevollen, kleinen Schritte zu gehen.“<sup>26</sup>

Unabhängig davon, ob es um Fragen von Mission und Diakonie, Umweltschutz, Jugendarbeit oder Weltfrieden gehe, hätten Christen die Verantwortung, jeweils „das Ganze“ im Blick zu behalten, sachlich, sachgerecht und kompromissbereit zu handeln und sich dabei stets daran zu erinnern, „daß unser Gott diese ganze Welt regiert“<sup>27</sup>. Hanselmann verstand somit die Zwei-Reiche-Lehre als Denkfigur, die göttliches und menschliches Handeln zu differenzieren helfe, die Kirche aber gerade nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlasse.

#### 4.2. „Das Evangelium als Vitalzentrum für ethisches Handeln“

Eine konkreter gefasste Fortführung dieser Überlegungen zum traditionellen lutherischen Verständnis des Verhältnisses von Politik und Kirche findet sich in dem Buch „Kirche und Politik – kontrovers. Eine Diskussion“. Diese Publikation entstand 1988, also kurz nach den Auseinandersetzungen von Wackersdorf, aus einer Podiumsdiskussion<sup>28</sup> und gibt einen Dialog zwischen dem Fernsehjournalisten Günther von Lojewski<sup>29</sup> und Bischof Hanselmann wieder.

---

<sup>26</sup> *Ebd.*, 14f.

<sup>27</sup> *Ebd.*, 30.

<sup>28</sup> Vgl. *Lojewski, Günther von / Hanselmann, Johannes: Kirche und Politik – kontrovers. Eine Diskussion.* München 1988, 7.

<sup>29</sup> Günther von Lojewski war zur Zeit der Entstehung des Buches seit zehn Jahren Moderator des politischen Fernsehmagazins „Report München“, das regelmäßig in der ARD gesendet wurde, und als solcher ein Vertreter des konservativen Spektrums.

Die teilweise harsche, journalistisch pointierte Kritik an der evangelischen Kirche, die von Lojewski in diesem Buch formulierte, zwang Hanselmann immer wieder zur Verteidigung der gegenwärtigen Positionen der Landeskirchen und deren Repräsentanten<sup>30</sup>. Dabei gelang es ihm, seine eigene Auffassung als Mittelposition darzustellen zwischen den Konservativen auf der einen Seite, die das politische Engagement der evangelischen Kirche pauschal ablehnten, einen Verlust von Eindeutigkeit beklagten und Anpassung an den Zeitgeist anprangerten, und den linksorientierten Theologinnen und Theologen auf der anderen Seite, die die christliche Botschaft auf ihre gesellschaftliche Relevanz hin befragten und aus ihr oftmals direkte politische Forderungen ziehen wollten hinsichtlich Emanzipation, Pazifismus und Ökologie.

Von Lojewski beschrieb provokant das vielen Protestanten eigene Trauma, dass der Macht- und Gewaltanwendung des nationalsozialistischen Staates von kirchlicher Seite her kein Widerstand entgegengesetzt worden war, und erklärte aus diesem Umstand den von ihm so wahrgenommenen aktuellen politischen Aktivismus und eine durchgängig staatskritische Protestkultur innerhalb der Kirche<sup>31</sup>: Beide Phänomene seien als bewusster oder unbewusster Ausgleich für das damalige Versagen zu verstehen.

Die aus den Erfahrungen der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Staat entstandene Sicht des Verhältnisses von Evangeliumsverkündigung und politischer Stellungnahme formulierte Hanselmann zunächst zurückhaltend theologisch: „[P]olitisch am effektivsten“ wirke die Kirche, wenn sie die „Gottesbotschaft über diese Welt deutlich verkündigt“<sup>32</sup>. Dabei sei das Evangelium nicht als „politische Handlungsanleitung“ zu verstehen, sondern als „Vital-

---

30 „Es ist köstlich zu lesen, wie taktvoll und dennoch entschieden Hanselmann von Lojewskis Verkürzungen, Gedankensprünge und Verzerrungen aufs Korn nimmt, ohne den Mitautor direkt zu kritisieren oder mit einer Gegenpolemik zu antworten [...] Hanselmann ist kein Apologet, der die kirchliche Praxis in allen Stücken rechtfertigen will, im Gegenteil. Aber er rückt wieder zurecht, was bei von Lojewski aus dem Lot geraten ist.“ (*Mohrhardt*, Dieter: Die Hybris der besseren Moral. Kirche und Politik – ein aktueller Disput. In: Süddeutsche Zeitung. Nr. 262 vom 14.11.1989.

31 Vgl. *Lojewski / Hanselmann*, Kirche (wie Anm. 28), 58f.

32 *Ebd.*, 54.

zentrum, das auf den glaubenden Menschen und Politiker wirkt und ihn inspiriert“<sup>33</sup>.

Eine politische Meinung oder Handlungsanweisung kann also nach Hanselmann nicht direkt der Botschaft des Evangeliums entnommen werden, wohl aber können Predigt und Glaubensaussagen Menschen prägen und ihr politisches Engagement begründen:

„Kirche und Christen haben keine eigenen politischen Lösungen in die öffentlichen Auseinandersetzungen einzuspeisen. Sie können allenfalls Orientierungspunkte anbieten für allgemeines politisches Handeln.“<sup>34</sup>

Dennoch betonte Hanselmann, dass es grundsätzlich möglich sei, vom Evangelium her zu „beurteilen, ob Staatsformen und Regierungsweisen etwa christlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Frieden nahekommen“<sup>35</sup>. Kirche habe politisch zu handeln, wenn „die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Gefahr sind [...] wenn sie der Anwalt der Schwachen und Stimmlosen sein muß [...] und] wenn sie zum Konsens beitragen muß, weil die Verhärtung der politischen Fronten gemeinsame Lösungen unmöglich zu machen scheint“<sup>36</sup>. Es ging Hanselmann also um die Rolle der Kirche für den Erhalt des Gemeinwesens, um Solidarität mit und Einsatz für gesellschaftliche Minderheiten und Ausgegrenzte sowie um Vermittlung zwischen sich blockierenden politischen Meinungen.

Zusätzlich zu diesen grundsätzlichen Aufgaben der Kirche im politischen Feld gab es für Hanselmann darüber hinaus konkrete politisch-ethische Fragen, die aus christlicher Perspektive eindeutig zu beantworten seien, wie der „Schutz des ungeborenen Lebens“, die Menschenwürde oder das „Eintreten für Unterdrückte und Verfolgte“ sowie die Ablehnung von „Euthanasie, Völkermord oder Apartheid“<sup>37</sup>.

Für die politische Meinungsäußerung von Pfarrerinnen und Pfarrern – von Lojewski hatte sich über öffentlichkeitswirksam de-

---

33 *Ebd.*

34 *Ebd.*, 100.

35 *Ebd.*, 54.

36 *Ebd.*, 55.

37 *Ebd.*, 56.

monstrierende und parteipolitisch predigende Pfarrer beschwert<sup>38</sup> – gestand Hanselmann diesen durchaus ihre „prophetische“ Funktion zu<sup>39</sup>, wies aber auf die Verpflichtung hin, sich vor Äußerungen gründlich sachkundig zu machen, die politische Privatmeinung von der Kanzel fernzuhalten, zum Prinzip der Gewaltfreiheit zu stehen, sich mit den Amtsbrüdern und -schwestern abzusprechen, und sich vor Vereinnahmung durch politische Gruppierungen in Acht zu nehmen<sup>40</sup>. Dazu sei Zurückhaltung bei der Verwendung der Amtskleidung bei politischen Veranstaltungen geboten. Auch sei es fragwürdig, bei Unterschriftenlisten politischer Initiativen den Zusatz „Pfarrer“ anzufügen<sup>41</sup>. Ausdrücklich lehnte es Hanselmann ab, bei „politisch auffälligen“ Pfarrern disziplinarisch tätig zu werden und setzte stattdessen auf Überzeugungsarbeit: „Sine vi sed verbo“<sup>42</sup>.

Luthers Zwei-Reiche-Lehre sah der Landesbischof wie schon oben beschrieben – zur Klärung des Verhältnisses von Politik und Kirche als durchaus hilfreich an, allerdings legte er Wert darauf, dass es sich dabei nicht um eine Lehre im eigentlichen Sinne handele, sondern um eine „Begriffskonstruktion Martin Luthers, mit deren Hilfe er das Wirken Gottes in dieser Welt deutlich zu machen versuchte“<sup>43</sup>. Die Verteilung der Regierweisen zur Rechten und zur Linken bedürfe eines bei Luther vernachlässigten „dynamischen Elements“, das bei Jesus vorhanden gewesen sei<sup>44</sup>. Die Welt dürfe nicht sich selbst überlassen bleiben, Aufgabe sei es vielmehr, „die Welt in ihrer Vorläufigkeit zu erhalten“<sup>45</sup>. Hanselmann meinte dies in doppelter Richtung: Die Welt sei eben nur vorläufig und dürfe nicht absolut gesetzt oder als transzendente Entität überladen werden. Sie sei aber auch durch christliches Handeln zu schützen und zu bewahren und nicht leichtfertig anderen Akteuren zu überlassen. Konkret hieß das für Hanselmann auf der einen Seite, dass politische Entscheidungen nicht in den Kategorien „richtig“ oder „widergött-

---

38 Vgl. *ebd.*, 64–66.

39 Vgl. *ebd.*, 81.

40 Vgl. *ebd.*, 56f.

41 Vgl. *ebd.*, 82.

42 *Ebd.*, 72.

43 *Ebd.*, 100.

44 *Ebd.*.

45 *Ebd.*

lich“ beurteilt werden dürften, auf der anderen Seite, dass christlicher Glaube seinen Sinn selbst in sich trage und nicht erst durch politisches Handeln sinnvoll und wertvoll werde<sup>46</sup>. Ethische Entscheidungen seien immer Entscheidungen aus Vernunft, nicht aus Glauben<sup>47</sup>. Christliches Handeln müsse sich immer bewusst sein, dass es sich im Bereich des „Vorletzten“ bewege, nicht des „Letzten“<sup>48</sup>.

#### 4.3. „Umkehr zur Gottesherrschaft“

Obwohl Hanselmann großen Wert auf eben diesen Umstand legte, dass Gottes Handeln und menschliches Handeln „gut lutherisch“ zu unterscheiden seien, konnte er doch in seinem Bischofsbericht im April 1989 unter dem Titel „Umkehr zur Gottesherrschaft“<sup>49</sup> noch einen etwas anders gelagerten theologischen Rahmen für das Verhältnis von Kirche und Politik skizzieren. Mit dem Hinweis auf Carl Friedrich von Weizsäcker's Aufruf zu einem Konzil des Friedens<sup>50</sup> warb Hanselmann für den „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ und die damals anstehenden Versammlungen in Basel (1989) und Seoul (1990).

Aus der bereits angebrochenen Gottesherrschaft solle die Menschheit ihre „Lebens- und Überlebenschancen suchen“, „die als Geschenk angenommene Umkehr [eröffne] die Möglichkeit zur Veränderung des Verhaltens und dann auch zur Veränderung von Verhältnissen“<sup>51</sup>. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung seien Gaben Gottes, die sodann Themen und Aufgaben der Kirche würden. Diese sollten unter den Bedingungen der Welt verwirklicht werden. Daraus ergebe sich „internationale Solidarität“ durch kirchliche, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit

---

46 *Ebd.*, 101.

47 Vgl. *ebd.*

48 *Ebd.*, 107.

49 *Hanselmann*, Johannes: Umkehr zur Gottesherrschaft – die Bewahrung der Schöpfung in Frieden und Gerechtigkeit. Referat von Landesbischof D. Dr. Johannes Hanselmann D.D. bei der Tagung der Landessynode in Gunzenhausen am 10. April 1989. München 1989.

50 Vgl. *Weizsäcker*, Carl Friedrich von: Die Zeit drängt. Eine Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. München / Wien 1986.

51 *Hanselmann*, Umkehr (wie Anm. 49), 7.

sowie das Engagement zur Überwindung des Rassismus, „Solidarität im eigenen Land“, v. a. mit Ausländern, Flüchtlingen, Aussiedlern, Arbeitslosen, und eine Förderung der Gemeinschaft von Frauen und Männern. Daraus folge auch Friedensförderung durch Verständigung mit der Sowjetunion und Friedenssicherung durch vertrauensbildende Maßnahmen im Angesicht politisch-militärischer Planungen sowie die Begleitung von Wehrdienst- und Zivildienstleistenden.

In dieser Aufzählung doch sehr konkret benannter politischer Handlungsfelder fällt auf, dass hier das Modell der Zwei-Reiche-Lehre nicht vorkommt. Die Argumentation an dieser Stelle erfolgt vielmehr nach dem Gegenmodell einer Beteiligung der Kirche an Gottes Handeln, etwa nach Barthscher Logik, an die auch der Titel des Vortrags „Umkehr zur Gottesherrschaft“ erinnert.

Mit den vorgestellten drei Perspektiven auf das Themenfeld „Kirche und Politik“ positionierte sich Hanselmann in einer vielschichtigen Weise, was sich als vorsichtige Weiterentwicklung seiner Sicht aufgrund der konkreten Erfahrungen deuten lässt. Er verwendete einerseits als Grundmodell die lutherische Lehre von den zwei Regimenten und verwahrte sich gegen direkte politische Meinungsäußerungen der Kirche, andererseits aber gestand er der Kirche zu, in einzelnen Fragen durchaus aus christlichen Grundüberzeugungen politische Schlussfolgerungen ziehen zu können, die dann als mittelbare Beteiligung an Gottes Handeln an der Welt zu verstehen seien.

##### 5. Der Besuch in Wackersdorf, Tschernobyl und die Konsequenzen einer Tagung

Es ist zu fragen, inwieweit Hanselmanns theoretische Überlegungen in die Realität kirchlichen Handelns zu übersetzen waren bzw. was diese für den konkreten Beitrag der Landeskirche zum politischen Diskurs bedeuten konnten. Damit kehren wir in die konkrete Situation des Jahres 1986 zurück:

Anfang 1986 wurden die Stimmen immer lauter, die nach einem Besuch des Landesbischofs am Wackersdorfer Bauzaun riefen<sup>52</sup>. Auf staatlicher Seite wurde gleichzeitig der Ton gegenüber den kirchlichen

---

52 Vgl. z. B. Brief von KR Bogdahn an LB Hanselmann vom 15.1.1986 (LA-ELKB, LB 0.2.0004 – 758).

Unterstützern der WAA-Gegner aggressiver. Als der bayerische Ministerpräsident beim kleinen Parteitag der CSU 1986 nach Pressemeldungen kritisierte, dass „der WAA-Widerstand in ökumenischen Gottesdiensten als gottgefälliges Werk hingestellt werde“ und behauptete, „[w]er mit Kreuz und Fahne wie ein Exorzist um die Baustelle ziehe und die Ängste der Bevölkerung schüre, betreibe selbst das Werk des Teufels“<sup>53</sup>, bat auch der Bruderrat der Bayerischen Pfarrerbruderschaft um das Ende der Zurückhaltung der Kirchenleitung und um einen persönlichen, seelsorglichen Besuch des Landesbischofs in Wackersdorf, gerade für die Pfarrer der betroffenen Region<sup>54</sup>.

Ende März erhielten die katholischen und evangelischen Bischöfe in Bayern einen fünfseitigen Brief des Ministerpräsidenten, in dem dieser die kirchenverbundenen Aktivisten der Demagogie und des Missbrauchs des kirchlichen Einflusses bezichtigte:

„Angesichts dieses beängstigenden Mißbrauch[s] in Kirche und Religion für demagogische Zwecke ist es eine besonders dringende Aufgabe, der Verwirrung der Geister, de[m] diabolus in ecclesia entgegenzutreten und die Beziehungen zwischen Christentum und Politik nicht nur in Worten zu beschreiben, sondern auch in der Wirklichkeit zu klären [...] Wer gegen eine solche Maßnahme [i. e. den Bau der WAA] ein angebliches Widerstandsrecht in Anspruch nimmt, verhöhnt die Menschen, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unter Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet haben oder es gegenüber kommunistischen Regimen tun.“<sup>55</sup>

Diese Attacken brachten Hanselmann schließlich dazu, selbst aktiv zu werden. In seiner Antwort vom 29. März des Jahres distanzierte er sich einerseits von „Aussagen oder Aktionen einzelner oder relativ kleiner Gruppen“ und von „gewalttätigen Handlungen“<sup>56</sup>, verwies aber andererseits auf die 1985 erschienene Demokratie-Denkschrift

---

53 Zit. nach dem Brief der Bayerischen Pfarrerbruderschaft/des Bruderrates an LB Hanselmann vom 25.3.1986 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

54 Vgl. *ebd.*

55 Zit. nach: *Hanselmann*, Ja (wie Anm. 15), 286f.

56 *Ebd.* 288.



der EKD, nach der „politische Auseinandersetzung einschließlich der Kritik an der Regierung [...] konstruktives Element des politischen Lebens“<sup>57</sup> sei.

Es folgte ein „konstruktives Gespräch“ von Landeskirchenrat und CSU-Präsidium, in dem auch vereinbart wurde, dass der erwähnte Briefwechsel als „erledigt“ betrachtet und „nicht der Öffentlichkeit übergeben“ werden solle<sup>58</sup>. Hanselmann zitiert in seiner Autobiographie die Worte des Ministerpräsidenten beim Abschied: „Es ist doch schön, Herr Landesbischof, daß man unter Freunden so gut miteinander reden kann“<sup>59</sup>. Der Plan, diese Korrespondenz geheim zu halten, ging indes nicht auf: Ende Mai/Anfang Juni berichtete die Presse darüber, was zu erneuten Diskussionen führte.

Schließlich stellte Hanselmann für Mai einen Besuch in Wackersdorf in Aussicht, worum auch die Landessynode bei ihrer Tagung im April 1986 ausdrücklich bat. Gleichzeitig wies die Synode gegen die Behauptungen der CSU darauf hin, dass in Wackersdorf keine Gottesdienste missbraucht würden, und wiederholte die Aufforderung nach Sachinformation und Gewaltlosigkeit auf der einen sowie „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ auf der anderen Seite. Ausdrücklich wurde die erstmalige Verwendung von CS-Gas gegen Demonstrierende<sup>60</sup> kritisiert<sup>61</sup>.

Bevor Hanselmann jedoch in die Oberpfalz reisen konnte, veränderte sich die Grundkonstellation grundlegend, ohne dass die Beteiligten vor Ort darauf Einfluss gehabt hätten: Am 26. April 1986 explodierte der Reaktor in Block 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl in der Ukraine bzw. der UdSSR und setzte große Mengen an Radioaktivität frei. Erste Meldungen über den Unfall wurden am Abend des

---

57 *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland.* Hg. vom Kirchenamt der EKD. Gütersloh 41990, 21. Vgl. auch *Hanselmann, Ja* (wie Anm. 15), 289.

58 Brief von LB Hanselmann an KR Wagner vom 7.10.1986 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 628).

59 *Hanselmann, Ja* (wie Anm. 15), 290.

60 Vgl. o. V.: Vorzügliches Arrangement. In: *Der Spiegel* 1986, Nr. 15, 28–29, 28.

61 Vgl. Verhandlungen der LS der ELKB, Tagung April 1986, 138f., 147–154; Beschluss der Landessynode zur WAA, April 1986 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

28. April veröffentlicht, wobei zunächst Unklarheit darüber herrschte, was genau passiert war und welche Folgen die Bevölkerung auch in Deutschland zu befürchten hatte<sup>62</sup>.

Das Ausmaß der Katastrophe war also am 4. Mai, als Hanselmann Schwandorf besuchte und nachmittags zum Themenkomplex der WAA predigte, noch gar nicht abzumessen. Der Landesbischof erwähnte „jenes Unglück nördlich von Kiew“ kurz und äußerte seine Anteilnahme. Im Mittelpunkt solle nicht „die schreckliche Sensation“ stehen, sondern

„jene Menschen, die durch den Tod von Angehörigen in Trauer gestürzt wurden oder die durch nukleare Strahlung Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben. Daß sich darüber hinaus auch technische und sicherheitspolitische Fragen stellen, ist gewiß unvermeidbar. Insofern bedeutet dieses Unglück für sehr viele Menschen eine zusätzliche emotionale Belastung.“<sup>63</sup>

Hanselmann nahm den von der Perikopenordnung her vorgegebenen Text 1. Tim 2, 1-6, der Fürbitte und Dank für die Obrigkeit in den Vordergrund stellt, zum Anlass, über das Gebet insgesamt nachzudenken. Er wandte sich gegen Missverständnisse, er plädierte damit für eine „religiös verbrämte [...] Auslegung der Parole ‚Ruhe sei die erste Bürgerpflicht‘“ oder die Förderung der „Sehnsucht von Menschen nach einer nachträglich sonnig verklärten ‚guten alten Zeit‘“. Auch eine Klage über den „Mief jener unheiligen Allianz von Thron und Altar“<sup>64</sup> sei nicht an der Tagesordnung.

Es gehe vielmehr darum, dass, so wie Gott das Heil allen Menschen zukommen lassen wolle, auch für alle Menschen gebetet werden solle: für die Regierung mit Ministern und Ministerpräsidenten, für die Politiker und Wissenschaftler, die betroffenen Menschen vor Ort, die politisch Aktiven, die Besorgten etc. Dem Gebet, das nicht nur dort angesagt sei, wo Handeln an seine Grenzen stoße, sei viel mehr zuzutrauen. Als „Kirche der Hoffnung [...]“, die

---

62 Vgl. hierzu *Arndt*, Melanie: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Erfurt 2012.

63 Predigt von Landesbischof D. Dr. Johannes Hanselmann D.D. am Sonntag Rogate, 4. Mai 1968 in Schwandorf (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

64 *Ebd.*

über Tod und Grab hinausreicht“, böte sie „Freiräume zum Gespräch, Möglichkeit zu seelsorgerlichem Beistand und Hilfen zur Bearbeitung von Konflikten, Vorurteilen, Ängsten und Vertrauensverlust“<sup>65</sup>.

Hanselmann predigte in dieser Situation seelsorglich und betont ausgewogen. Wie zu erwarten war, blieb eine von den Gegnern der WAA erhoffte Positionierung des Landesbischofs und damit der Landeskirche aus: Weder äußerte sich Hanselmann zur Sinnhaftigkeit der geplanten Anlage noch zu den Auseinandersetzungen.

Nach dem Gottesdienst und einer Kirchenvorstandssitzung fand eine folgenreiche Exkursion zum Bauzaun der Anlage statt,

„wo ich sowohl mit den Einsatzleitern der Polizei als auch mit den jungen Beamten sprechen konnte. Da an dem Nachmittag Tränengas eingesetzt wurde, und zwar aus Unkenntnis in einem viel zu hohen Prozentsatz gegenüber dem Wasser, dampfte, als wir zur Baustelle kamen, aus allen Mulden des umgebenden Waldes noch sehr aggressive Mischung des Tränengases. Kreisdekan Oberkirchenrat Heckel, der bereits einen Herzinfarkt hinter sich hatte, mußte wegen Atomnot [sic!] nach fünf Minuten sich nach Hause fahren lassen, während ich erst nach meinen Gesprächen, die etwa eine halbe Stunde dauerten, ins Auto steigen konnte und dabei feststellte, daß beide Augen heftig gerötet waren, was zu einer entsprechenden Entzündung führte, die mich heute noch zwingt, mehrmals täglich Augentropfen zu nehmen.“<sup>66</sup>

Noch unter dem Eindruck dieser Besichtigung und der Verquickung der Vorgänge in Wackersdorf und Tschernobyl fand vom 12. bis 14. Mai 1986 ein lang vorbereitetes Kolloquium an der Evangelischen Akademie Tutzing statt, bei dem Vertreter aller beteiligten Diskussionspartner anwesend waren, von der Staatsregierung über die Betreiber und Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen bis hin zu den regionalen Bürgerinitiativen.

In seinem Grußwort fokussierte Hanselmann die anstehenden Diskussionen auf die theologischen Fragen nach der „Bestimmung

---

65 *Ebd.*

66 *Hanselmann, Ja* (wie Anm. 15), 292.

und Würde des Menschen“ sowie der „Statthalterschaft des Menschen im Bereich der Schöpfung“<sup>67</sup>. Dabei bezog er sich vor allem auf die von der Kommission „Kirche und Großtechnik“ der kurhessischen Kirche aufgestellten Thesen zur „Politischen Kultur“<sup>68</sup>.

Fünf Themenfelder wurden auf dieser Tagung behandelt: Wirtschaftlichkeit und energiepolitische Aspekte; Sicherheit und ökologische Auswirkungen; innere Sicherheit und Auswirkungen auf die Grundrechte; Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsstruktur; Mehrheitsentscheidungen und Mitwirkung der regional Betroffenen. Zu allen Bereichen wurden Vorträge von Experten unterschiedlicher Zielrichtung gehalten und jeweils ausgiebig diskutiert. Ein eindeutiges Ergebnis im Sinne einer Befürwortung oder Ablehnung des Projektes Wiederaufarbeitung wurde nicht erreicht<sup>69</sup>.

Dennoch entstand im Nachgang eine Stellungnahme von kirchenoffizieller Seite, wie sie so lange gefordert worden war. Der Landeskirchenrat deutete dabei das Unglück von Tschernobyl als Hinweis auf die „Ambivalenz allen menschlichen Handelns“. Der Mensch trage Verantwortung für die Zukunft der Schöpfung. Die Entscheidung für die Kernenergie könne eine Überschätzung der Kompetenz des Menschen bedeuten, deshalb sollten alle Sicherheitsvorkehrungen verstärkt, Alternativen geprüft und Möglichkeiten des Energiesparens gefördert werden. Die große Herausforderung verlange „ein höheres Maß an Gemeinsamkeit aller Beteiligten und Betroffenen“, auch Zurückhaltung und Verhältnismäßigkeit der Mittel bei den Demonstrationen<sup>70</sup>. Das Schlussfazit war relativ deutlich:

---

67 Hanselmann, Johannes: Grußwort. In: *Held*, Wiederaufarbeitungsanlage (wie Anm. 5), 9–12.

68 Kommission der kurhessischen Kirche „Kirche und Großtechnik“: Theologische Überlegungen zur Politischen Kultur. Abgedruckt in: *Held*, Wiederaufarbeitungsanlage (wie Anm. 5), 195–201.

69 Vgl. den Versuch einer Zusammenfassung des Tagungsleiters: *Held*, Martin: Ein erstes Fazit und weiterführende Überlegungen. In: Ders., Wiederaufarbeitungsanlage (wie Anm. 5), 167–179.

70 Vgl. Stellungnahme des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrates zu dem Fragenkreis WAA/Kernenergie. In: *Held*, Wiederaufarbeitungsanlage (wie Anm. 5), 205–207.

„In Konsequenz dieser Überlegungen raten wir im Blick auf die geplante WAA-Wackersdorf zu einer Phase des Innehaltens, Nachdenkens und Überprüfens, die nicht unter dem Zeitdruck nahender Wahltermine stehen sollte [...] Wir halten eine so entscheidende energiepolitische Weichenstellung nur für möglich, wenn dafür ein weitreichender Konsens in der Bevölkerung vorhanden ist.“<sup>71</sup>

Hanselmann selbst verfasste parallel dazu einen Brief an die Gemeindeglieder. Darin griff er noch einmal die Ängste angesichts des Unglücks von Tschernobyl auf und verwies auf die der Kirche eigene Aufgabe von Seelsorge. In wörtlicher Aufnahme von Abschnitten seiner Schwandorfer Predigt rief er zum tätigen Gebet für alle am ‚Konfliktfeld WAA‘ Beteiligten auf und erklärte die „Versicherung der barmherzigen Nähe Jesu Christi in unserem Leben“ zum „Heilmittel gegen das schleichende Gift der Zukunftsangst“<sup>72</sup> und zum Ausgangspunkt für Vertrauen, Verantwortung und Hoffnung<sup>73</sup>. Eine inhaltliche Positionierung oder einen Bezug auf die Stellungnahme des Landeskirchenrates enthielt dieser Brief nicht.

Die Differenz zwischen der Stellungnahme des Landeskirchenrates<sup>74</sup> und dem seelsorglichen Brief des Landesbischofs war offensichtlich und wurde auch so wahrgenommen, ausdrücklich vom bayerischen Ministerpräsidenten. Strauß protestierte in einem Brief vom 9. August gegen die von ihm so interpretierte Unterstellung des Landeskirchenrates, die Befürworter würden von dem Projekt „das Fortbestehen unserer Zivilisation und Gesellschaft abhängig machen und [...] pauschal das kirchliche Engagement in diesem Bereich

---

71 *Ebd.*, 207.

72 Brief des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, D. Dr. Johannes Hanselmann, an die Gemeindeglieder vom 24.6.1986. In: Held, Wiederaufarbeitungsanlage (wie Anm. 5), 202–204, 203.

73 Dies also in Aufnahme und als Antwort auf die Fragen seines Grußwortes bei der Tutzingener Tagung (s. o.).

74 Der Entwurf stammt aus der Feder der Oberkirchenräte Birkhölzer, Heckel, Hofmann, von Loewenich und Sperl (vgl. Entwurf einer Stellungnahme des Landeskirchenrates zu dem Fragenkreis WAA/Kernenergie vom 17.6.1986 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

verdammen“<sup>75</sup>. Auch nahm er Anstoß an der Erwähnung eines „Zeitdrucks nahender Wahltermine“. Er bemängelte die Nichtbenennung konkreter Alternativen:

„Die Kirchen müssen endlich, wenn sie schon Stellung nehmen, konkrete Antworten auf konkrete Fragen geben. Die wachsende Kluft zwischen rationaler Wissenschaft und den Kirchen muß wieder geschlossen werden. Sonst entsteht ein Schaden, der irreparabel werden kann – in erster Line für die Gläubigen.“<sup>76</sup>

Zudem erneuerte Strauß seine Kritik an einem „Übergehen“ krimineller Handlungen:

„Ich vermisste ein klares, unmißverständliches Wort zu den kriminellen Gewalttätern, die von vorneherein in der Absicht, Straftaten bis hin zum Mordversuch zu begehen, nach Wackersdorf anreisen [...] Offensichtlich ist dem Landeskirchenrat noch immer nicht bewußt, worum es den gewalttätigen Demonstranten in Wackersdorf geht. Sie kämpfen [...] gegen die Grundlagen unserer parlamentarischen Demokratie und unseres freiheitlichen Rechtsstaates.“<sup>77</sup>

Für den Brief des Landesbischofs dankte Strauß ausdrücklich, auch für den Aufruf zum Gebet, in das er, Strauß, ausdrücklich eingeschlossen sei. Er halte es aber beim Umgang mit Angst für ein Zeichen christlichen Glaubens, den Menschen „zu sagen, daß das gesamte menschliche Leben mit einem ‚Rest-Risiko‘ verbunden“<sup>78</sup> sei und vermisste auch beim Landesbischof die Unterscheidung zwischen friedlichen Gegnern der WAA und „verbrecherischen Gewalttätern“.

„Die Kirchen beider Konfessionen haben angesichts der Aufregtheiten, die nach Tschernobyl erzeugt wurden, die Möglichkeit und die Aufgabe, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen.

---

75 Brief Ministerpräsident Strauß an LB Hanselmann vom 9.8.1986 [irrtümliche Datumsangabe 9.8.1985] (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

76 *Ebd.*

77 *Ebd.*

78 *Ebd.*

Dies setzt aber voraus, daß sie zwischen ihren wahren Aufgaben und den Aufgaben einer Bürgerinitiative zu unterscheiden wissen. Ich hoffe sehr, daß die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern in ihrem eigenen Interesse und im Interesse unseres Staates auf diesen Weg zurückfindet.“<sup>79</sup>

Nach einer langen Zeit der Abstinenz von eindeutiger Stellungnahme hatte also der Landeskirchenrat aus den Erkenntnissen der Tutzinger Tagung vorsichtige Konsequenzen gezogen und sich damit gegen die bayerische Staatsregierung gestellt. Gleichzeitig hatte sich Hanselmann noch zurückhaltender gezeigt – und dennoch Kritik von Regierungsseite bekommen. Die Befriedungsversuche waren damit zunächst gescheitert.

Hanselmann schrieb am 14. Juli 1986 noch einmal einen Brief an die Pfarrerrinnen und Pfarrer sowie die Vikarinnen und Vikare, in dem sein Ziel und auch der damit verbundene Frust deutlich wurden. In diesem Brief äußerte er sein Verständnis für die Sorgen rund um Wackersdorf und Tschernobyl und die Hoffnung, dass die Erklärung des Landeskirchenrates und sein Brief als Bemühung wahrgenommen werden konnten, „unsere Brückenfunktion zwischen den leider entstandenen Fronten wahrzunehmen“<sup>80</sup>. Daran anschließend formulierte er eine

„herzliche Bitte an Sie, daß Sie mithelfen, Frieden zu stiften. Ich meine damit keinen faulen Kompromiß. Aber es gibt Möglichkeiten, den Andersdenkenden in seiner persönlichen Überzeugung – und das ist Teil der Menschenwürde – ernstzunehmen, ohne daß man selber seine eigene Position ‚verraten‘ muss [...] Prüfen sie bitte sorgfältig, ob und was Sie unterzeichnen [...] Und wenn Sie unterschreiben, dann verzichten Sie bitte um der Andersdenkenden willen auf die Hinzufügung Ihrer Amtsbezeichnung.“<sup>81</sup>

---

79 *Ebd.*

80 Brief von LB Hanselmann an alle Pfarrerrinnen und Pfarrer, Vikarinnen und Vikare der Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 14.7.1986 (LAELKB, LB 0.2.0004 – 758).

81 *Ebd.*

Er verstärkte diese Bitte zu einer ausdrücklichen Forderung nach Loyalität: „Sie erweisen mir [damit] persönlich ein Zeichen der Solidarität in einer Zeit, in der es schwer genug ist und ungemein viel Kraft kostet, das Bischofsamt auszuüben“<sup>82</sup>.

Gerade in diesen Zeilen wird deutlich, wie Hanselmann persönlich unter der Konfrontation litt und darunter, dass seine Vermittlungsversuche immer wieder von den einen als nicht hinnehmbare Nähe zur Regierung, von den anderen als Realitätsfremdheit wahrgenommen wurde.

## 6. Fazit

Die Auseinandersetzung um die Wiederaufarbeitungsanlage von Wackersdorf war für Landesbischof Johannes Hanselmann kein Fall für eine politische Positionierung der evangelischen Kirche. Ein Votum für oder gegen den Bau der Anlage und die damit verbundenen wirtschafts-, energie- und umweltpolitischen Weichenstellungen stellte sich für ihn nicht als theologisch begründbar dar. Von kirchlicher Bedeutung sei vielmehr die gesellschaftliche Spaltung aufgrund der Meinungsverschiedenheiten.

Hanselmanns Einsatz galt demzufolge der seelsorglichen Begleitung der Beteiligten und allen Versuchen, das Gespräch der Kontrahenten zu fördern und einen gangbaren Weg zum Ausgleich zu finden. Dabei war ihm ein gutes Verhältnis zur Staatsregierung ebenso wichtig wie die seelsorgliche Beziehung zu allen Gruppierungen innerhalb der Landeskirche, auch wenn dies immer wieder zu Verstimmungen auf der einen oder anderen Seite führte.

Die Bemühungen Hanselmanns zeigten, trotz oder gerade wegen der Offenheit nach beiden Seiten hin, wenig Wirkung. Gleichzeitig litt der Bischof persönlich an seiner Position zwischen allen Stühlen und blieb ein von der Unzufriedenheit vieler Beteiligter Getriebener.

Seine Position der „unbequemen Mitte“, die er auch auf anderen Ebenen seines Bischofsamtes zu halten versuchte<sup>83</sup>, hatte hier also eher Ohnmacht als Gestaltungsfreiheit zur Folge. Im Prozess der sogenannten „Politisierung des Protestantismus“ spielte Hanselmann damit die Rolle des (zögerlichen) Vermittlers und seelsorglichen

---

82 *Ebd.*

83 Vgl. hierzu *Hoenen*, Landesbischof (wie Anm.1).



Begleiters, widerstand aber gleichzeitig sowohl der vielstimmigen Forderung, selbst zum politischen Akteur zu werden, als auch den Aufrufen, die kirchliche Basis von politischem Engagement abzubringen und auf die angeblich nicht-politischen Kernbereiche der Kirche zu beschränken. Als „Führungsgestalt“ im Sinne von Hauschilds Frage<sup>84</sup> stellt er also eine Übergangsfigur dar.

Für alle Seiten höchst unbefriedigend muss bleiben, dass die Lösung des Konfliktes um die atomare Wiederaufarbeitung, der eine ganze Generation prägte, weder politisch noch aus theologischer Sicht gelöst, sondern allein aus ökonomischem Kalkül beendet wurde, und so die von Hanselmann erhoffte Versöhnung unterblieb. Denn nach weiteren (verwaltungs-)rechtlichen Auseinandersetzungen, die den Bau der Anlage immer wieder verzögerten, kam es 1989 zur wirtschaftspolitischen Entscheidung, die Wiederaufarbeitung der deutschen Kernelemente im französischen La Hague vorzunehmen. Die WAA in Wackersdorf wurde damit überflüssig. Franz Josef Strauß als Streiter in vorderster Reihe war bereits 1988 verstorben.

---

84 Vgl. dazu im Text weiter oben (S. 138, Ende Kapitel 2) sowie Anm. 17.